



Geschäftsführung Ausschuss für Umwelt und Grün

Frau Bültge-Oswald

Telefon: (0221) 221-23702

Fax: (0221) 221-26928

E-Mail: barbara.bueltge-oswald@stadt-koeln.de

Datum: 10.08.2011

Niederschrift öffentlich

über die **Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün** in der Wahlperiode 2009/2014 am Donnerstag, dem 17.02.2011, 15:30 Uhr bis 17:45 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzende

Frau Dr. Sabine Müller GRÜNE

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Götz Bacher	SPD
Herr Dr. Alexander Fladerer	SPD
Frau Polina Frebel	SPD
Frau Dagmar Paffen	SPD
Herr Bürgermeister Hans-Werner Bartsch	CDU
Herr Niklas Kienitz	CDU
Frau Birgitta Nessler-Komp	CDU
Frau Katharina Welcker	CDU
Herr Gerhard Brust	GRÜNE
Herr Dr. Matthias Welpmann	GRÜNE
Herr Dr. Rolf Albach	FDP
Herr Klaus Art	Pro Köln

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Barbara Albat	auf Vorschlag der SPD	
Herr Dietmar Donath	auf Vorschlag der SPD	ab 16:00 Uhr
Frau Margret Dresler-Graf	auf Vorschlag der CDU	
Herr Josef Druckenmüller	auf Vorschlag der CDU	
Herr Heribert Resch	CDU	
Herr Michael Gybas	auf Vorschlag der Grünen	
Herr Frank Kraus	(FDP) auf Vorschlag der Grünen	
Herr Mike Pöhler	FDP	

Frau Brigitte Grosser

auf Vorschlag pro Köln

Herr Dieter Koberg

auf Vorschlag der Linke.Köln

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Käthe Reiff

auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik

Frau Barbara Röttger- Schulz

auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Verwaltung

Herr Prof. Dr. Ernst Drösemeier

Herr Manfred Kaune

Frau Johanna Preßmar-Cuber

stellvertretend für Frau Ludwig

Frau Beigeordnete Henriette Reker

Herr Peter Winkels

Schriftführerin

Frau Barbara Bültge-Oswald

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Wilfried Becker

SPD-Fraktion

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Dr. Müller begrüßt alle Anwesenden zur Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün und des Betriebsausschusses Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln. Insbesondere begrüßt sie Herrn Dr. Märker, Geschäftsführer von Zebralog, der einen Vortrag zur Auswertung der ersten Phase der im Dezember letzten Jahres abgeschlossenen E-Partizipation (Bürgerbeteiligung zur Lärmaktionsplanung) halten werde. Das Institut Zebralog habe diese Bürgerbeteiligung federführend als externes Fachinstitut begleitet.

Anschließend weist sie auf die aktuellen Tagesordnungen und deren Erweiterungen sowie drei Tischvorlagen im Ausschuss Umwelt und Grün hin.

Zu TOP 2.1 seien Frau Dr. Pappenheim vom Veterinäramt und Frau Feld vom Amt für öffentliche Ordnung anwesend. Zu TOP 6.1 werde Herr Müller vom Amt für Straßen und Verkehrstechnik und zu TOP 9.5 Herr Matzel vom Amt für Brücken und Stadtbahnbau und Herr Höhn von der KVB Fragen der Ausschussmitglieder beantworten.

Die Ausschussmitglieder sind mit den Vorschlägen einverstanden und legen die Tagesordnungen wie folgt fest:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- A** **Verpflichtung von sachkundigen Einwohnern und Einwohnerinnen gemäß § 5 Hauptsatzung (ohne schriftliche Vorlage)**

- B** **Lärmaktionsplanung/-E-Partizipation
- Zahlen zur Halbzeit -
Vortrag von Herrn Dr. Märker von Zebralog**

- 1** **Gleichstellungsrelevante Themen**

- 2** **Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen**

- 2.1 Schutz von freilaufenden Katzen, wild- und freilebenden Tieren und Menschen durch Kastration und Kennzeichnung freilaufender Katzen. Beantwortung der Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 21.09.2010, 4786/2010
0130/2011

- 2.2 Umweltpreis der Bundesstiftung Umwelt, Anfrage des SE Herrn Donath vom 20.01.2011
0432/2011

- 2.3 Anfrage des SB Herrn Dr. Fladerer vom 20.01.2011 zum Umweltschutzpreis der Stadt Köln
0463/2011

- 3** **Schriftliche Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung**

- 3.1 Mülheimer Hafen - Gefahrenschutz
Beantwortung der Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln vom 15.09.2010
(AN/1669/2010)
0436/2011

- 3.2 Umweltverträglichkeit des städtischen Fuhrparks
Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln vom 13.01.2011
AN/ 0088/2011

- 3.2.1 Umweltverträglichkeit des städtischen Fuhrparks
Beantwortung der Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln vom 13.01.2011
0313/2011

4 Mündliche Anfragen

5 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

- 5.1 Projekt "ÖkoProfit"
Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.01.2011
AN/0214/2011

6 Allgemeine Beschlussvorlagen

- 6.1 Machbarkeitsuntersuchung für die Realisierung einer P+R-Anlage am Verteilerkreis Köln
5332/2010
- 6.2 Friedhof Melaten - Realisierung des Skulpturenwettbewerbsergebnisses zum 200-jährigen Jubiläum
5445/2010
- 6.3 Bebauungsplan Nr. 75450/04 in Köln Brück
Arbeitstitel: Im Oberen Bruch
Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen
5039/2010
- 6.4 Die Entwicklung der urbanen Parkgewässer in Köln
Durchgeführte Arbeiten und perspektivische Konzeption
0014/2011

7 Mitberatung von Planungsvorlagen

8 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

9 Mitteilungen

- 9.1 Bodenluftsituation im Bereich der Altdeponie "An der Ronne" in Köln-Lövenich
0096/2011
- 9.2 Ausstellungsveranstaltung Home & Garden 2011
0426/2011
- 9.3 Zwischenbericht des Projektes "Stromspar-Check"
5370/2010
- 9.4 Umweltschutzpreis der Stadt Köln 2011
0428/2011

- 9.5 Nord-Süd Stadtbahn, 2. Baustufe - Baumfällungen im Bereich des Gustav-Heinemann-Ufers
0347/2011

II. Nichtöffentlicher Teil

- 10 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 11 Schriftliche Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung**
- 12 Mündliche Anfragen**
- 13 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung**
- 14 Allgemeine Beschlussvorlagen**
- 15 Vergaben**
- 16 Mitberatung von Planungsvorlagen**
- 17 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte**
- 18 Mitteilungen**

I. Öffentlicher Teil

A **Verpflichtung von sachkundigen Einwohnern und Einwohnerinnen gemäß § 5 Hauptsatzung (ohne schriftliche Vorlage)**

Keine.

B **Lärmaktionsplanung/-E-Partizipation - Zahlen zur Halbzeit - Vortrag von Herrn Dr. Märker von Zebralog**

Herr Dr. Märker von Zebralog stellt anhand einer Powerpoint-Präsentation die Ergebnisse der 1. Online-Phase des Verfahrens "Köln aktiv gegen Lärm!" vor.¹

Eingangs geht er auf den Ablauf des Verfahrens ein. Im weiteren Verlauf informiert Herr Dr. Märker über Art und Höhe der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Befragung, die vorwiegend, aber nicht nur, über das Internet stattgefunden habe. Er weist darauf hin, dass bei den eingegangenen Vorschlägen das Thema "Straßenlärm" mit deutlichem Abstand vor "Flug-, Schienen-, Industrie- und Gewerbelärm" rangiere. Anders sehe es bei den Lärmarten in der Bestenliste aus. Hier gebe es deutlich mehr Bewertungen, die den Fluglärm beträfen. Hinsichtlich der Lärmaktionsrelevanz (LAP) gibt er einen Überblick über die Höhe der Vorschläge in den einzelnen Stadtbezirken.

Abschließend informiert er über die soziodemografischen Daten (Altersstruktur, Geschlecht, Hintergrund und Bildungsabschlüsse) der Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Die Ausschussvorsitzende dankt Herrn Dr. Märker für seinen aufschlussreichen Vortrag.

Anschließend beantwortet Herr Dr. Märker Fragen der Ausschussmitglieder zur Aussagekraft der Befragung, zur Dominanz von Fluglärmgegnern im Hinblick auf die Relevanz der Bestenliste, zu Gründen für die Nichtbeteiligung, zur Länge des Befragungszeitraumes und zu noch geplanten Befragungen in anderen Städten.

Er macht deutlich, dass es Sache der Politik sei, Entscheidungen zu treffen, ob derartige Befragungen und Verfahren es wert seien, durchgeführt zu werden. Wenn man das Verfahren mit einer Kommunalwahl vergleiche und 50 % der Wahlberechtigten als Größe für die Beteiligung ansetze, lohne es sich nicht.

Gehe man jedoch von einer Informationsveranstaltung zu einem solchen oder ähnlichen Thema aus, sehe die Sache schon anders aus. Dort nähmen in der Regel nur wenige Menschen teil und vor allem Organisierte, die die Diskussion mit ihren Themen "beherrschten", sodass andere Themen "unter den Tisch fielen". Im Vergleich dazu sei das Verfahren eine deutliche Verbesserung, sowohl was die Qualität, als auch was die Quantität anbelange. Insbesondere was das Informationspotential angehe, sei das Verfahren ein deutlicher Qualitätssprung.

Herr Dr. Märker informiert darüber, dass der 1. Platz in der Bestenliste 68 Pro- und 18 Kontra-Stimmen hatte. Daher sollte sie in diesem Verfahren nicht eine so hohe Relevanz besitzen, wie in anderen Verfahren, wo 500.000 Bewertungen zu Grunde liegen.

Ein Grund für die Beteiligung sei sicherlich die Betroffenheit. Kritisch betrachten könne man trotzdem eine noch bessere Öffentlichkeitsbeteiligung. Vielleicht sei das Thema

¹ Die Folien des Vortrags sind der umgedruckten Niederschrift als Anlagen beigelegt.

"Lärm" noch nicht so im Bewusstsein als gesundheitsschädliche Einflussquelle angekommen. Es könne viele verschiedene Faktoren für die Nichtbeteiligung geben. Der Schluss, dass die Menschen, die sich nicht beteiligt haben, nicht lärmgeplagt oder nicht interessiert seien, wäre falsch.

Das Thema "Kinderlärm" müsse noch ausgewertet werden.

Viele Städte beschäftigten sich auf unterschiedliche Art mit Lärmaktionsplanung. Herr Dr. Märker nennt als Beispiele die Städte Hamburg, Recklinghausen und Paderborn.

Abschließend gibt die Ausschussvorsitzende ihrer Erwartung Ausdruck, dass die zweite Online-Phase in Kürze beginnen werde und bedankt sich nochmals auch im Namen des Ausschusses Umwelt und Grün bei Herrn Dr. Märker für den interessanten Vortrag. Sie gehe davon aus, am Ende des Verfahrens auch zu den Ergebnissen einen Vortrag zu erhalten.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt den Vortrag von Herrn Dr. Märker zur Kenntnis.

1 Gleichstellungsrelevante Themen

Keine.

2 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen

2.1 Schutz von freilaufenden Katzen, wild- und freilebenden Tieren und Menschen durch Kastration und Kennzeichnung freilaufender Katzen. Beantwortung der Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 21.09.2010, 4786/2010 0130/2011

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

2.2 Umweltpreis der Bundesstiftung Umwelt, Anfrage des SE Herrn Donath vom 20.01.2011 0432/2011

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

2.3 Anfrage des SB Herrn Dr. Fladerer vom 20.01.2011 zum Umweltschutzpreis der Stadt Köln 0463/2011

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

3 Schriftliche Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung

3.1 Mülheimer Hafen - Gefahrenschutz Beantwortung der Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln vom 15.09.2010 (AN/1669/2010) 0436/2011

SE Herr Koberg stellt ein paar Nachfragen:

1. Die Antwort der Verwaltung bezieht sich allein auf die zukünftig geplante Nutzung des Mülheimer Hafens. Die Fraktion Die Linke.Köln hatte auch nach der derzeitigen Nutzung gefragt und bittet um eine entsprechende Ergänzung.
2. In der Karte sind die Liegeplätze für Nicht-Gefahrgutschiffe nicht eingezeichnet. Die Fraktion Die Linke.Köln bittet dies nachzutragen.
3. Wo finden 3-Kegelschiffe Schutz im Kölner Stadtgebiet?
4. Wie viele Meter beträgt der Schutzkreis für 3-Kegelschiffe?

Die Verwaltung sagt zu, die Nachfragen an das Wasser- und Schifffahrtsamt Köln weiterzuleiten und um eine schriftliche Beantwortung zu bitten.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

3.2 Umweltverträglichkeit des städtischen Fuhrparks Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln vom 13.01.2011 AN/ 0088/2011

3.2.1 Umweltverträglichkeit des städtischen Fuhrparks Beantwortung der Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln vom 13.01.2011 0313/2011

SE Herr Koberg kritisiert, die Beantwortung der Anfrage sei etwas dürftig ausgefallen. Man habe sich eine detailliertere, nicht derart allgemein gehaltene, Stellungnahme gewünscht, die auch Zahlen beinhalte.

RM Herr Dr. Welpmann stimmt seinem Vorredner zu. Seines Erachtens sei der Tenor der Anfrage der, zu erfahren, ob die Stadt ihrer Vorbildfunktion gerecht werde und einen signifikant umweltfreundlichen Fuhrpark betreibt. Dies gehe aus der Antwort nicht hervor. Herr Welpmann bittet namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herrn Kaune darzustellen, wo der Fuhrpark insgesamt einzuordnen sei. Auch würde er es begrüßen, wenn die beiden Ämter des Ausschusses das eine oder andere Dienstfahrzeug vorhalten könnten, um Dienstfahrten im Nahbereich von zwei oder drei Kilometern mit dem Fahrrad erledigen zu können.

Herr Kaune räumt ein, dass die Verwaltung lieber konkretere Angaben hätte machen wollen, wenn diese vorlägen. So seien z. B. in der Antwort zu g die Verbräuche und jährlichen Kosten nicht genauer zu beziffern. Dies sei jedoch geplant und soll zum Ende des Jahres im Rahmen eines EDV-Programms möglich sein. Wenn die Politik

ihre Fragen etwas eingrenzen könne, werde man aber gerne eine genauere Auflistung liefern. Für den gesamten Fuhrpark sei dies allerdings sehr aufwendig.

Ausschussvorsitzende Frau Dr. Müller fasst zusammen, dass der Ausschuss zu gegebener Zeit, spätestens im April 2012, eine entsprechende Mitteilung von der Verwaltung erwarte.

Herr Koberg regt an, kurzfristig eine kleine Zusammenfassung einer Bestands- oder Inventurliste zur Verfügung zu stellen.

Herr Kaune sagt zu, zeitnah eine grobe Übersicht zu erstellen.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die als Tischvorlage umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung und die mündlichen Ausführungen von Herrn Kaune zur Kenntnis.

4 Mündliche Anfragen

4.1 Dieselschiffe am Rhein Mündliche Anfrage des RM Herrn Brust

RM Herr Brust berichtet, es gebe immer wieder Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern, dass die Schiffe, die am Rheinufer vor Anker gingen, bei laufendem Motor längere Zeit dort liegen blieben. Die Bevölkerung möchte wissen, ob man die Schiffseigner zwingen könne, den Strom vom Land zu beziehen. Er frage daher, ob eine entsprechende Infrastruktur vorhanden sei und ob es eine Möglichkeit gebe, die Schiffseigner zur Nutzung der Infrastruktur zu zwingen.

Herr Dr. Arentz informiert darüber, dass die Verwaltung diese Problematik im Rahmen des Luftreinhalteplans ebenfalls erkannt habe und um Abhilfe bemüht sei. Im Rheinauhafen gebe es sog. "Strompoller", die von den dort vor Anker liegenden Partikulierschiffen genutzt werden sollen. Zwingen könne man sie nicht, es gebe allerdings inzwischen eine höhere Akzeptanz. Die Kölner HGK (Häfen und Güterverkehr Köln AG) habe eine Initiative hinsichtlich einer gesetzlichen Änderung der Allgemeinen Hafenverordnung gestartet. Die Bezirksregierung Köln sei von der Landesregierung zu einer Stellungnahme aufgefordert worden. Die Stellungnahme der Bezirksregierung sei jedoch negativ, eine entsprechende verpflichtende Regelung zur Nutzung von Landstrom, wo dieser angeboten wird, wurde darin nicht befürwortet.

Herr Brust zeigt sein Unverständnis darüber, da die Schiffe doch erheblich zu den Überschreitungswerten bei Feinstaub beitragen und die Bezirksregierung Köln im Rahmen des Luftreinhalteplans für die Einhaltung dieser Werte zuständig sei. Er fragt, ob das Umweltamt bei der neuen Bezirksregierung initiativ werden könne.

Herr Dr. Arentz sagt zu, dies noch einmal zu aufzugreifen, obwohl man bereits in der Diskussion zur Fortschreibung des Luftreinhalteplans ohne Erfolg das Verhalten der Bezirksregierung hinterfragt habe.

Die Ausschussvorsitzende regt eine konzertierte Aktion aus der Politik an. Sowohl die Werte für Feinstaub, als auch die für Stickoxyde lägen über den Grenzen, und die Schiffe seien erheblich an diesen schlechten Werten beteiligt, so dass hier dringender Handlungsbedarf bestehe. Es gehe auch nicht nur um die Binnenschiffe, sondern auch um die großen Hotelschiffe.

Auf die Frage von RM Herrn Dr. Welpmann, ob in der Altstadt eine technische Infrastruktur vorhanden sei, antwortet Herr Dr. Arentz, es gebe an einigen Liegeplätzen vor der Altstadt eine Infrastruktur. Diese sei aber technisch auf einem veralteten Stand und die angebotenen Stromstärken genügten nicht mehr den Ansprüchen heutiger Hotelschiffe. Es müssten daher unter Beteiligung von Rheinenergie neue Leitungen verlegt werden. Eine finanzielle Absicherung sei bislang nicht möglich gewesen.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die mündlichen Ausführungen von Herrn Dr. Arentz zur Kenntnis.

5 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

5.1 Projekt "ÖkoProfit"

**Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.01.2011
AN/0214/2011**

RM Herr Bacher begründet kurz den Antrag. Das im Jahr 2009 beschlossene Pilotprojekt Ökoprofit habe sich so gut bewährt, dass für das Haushaltsjahr 2010/11 Mittel eingesetzt worden seien. Daher wolle man die Verwaltung ermuntern, auf Basis der bereitgestellten Personal- und Sachkosten das Projekt weiter fortzuführen.

RM Herr Kienitz signalisiert für die CDU-Fraktion Zustimmung zum Antrag, da man ebenfalls den nachhaltigen Nutzen dieses Projektes sehe.

SB Herr Dr. Albach kündigt für die FDP-Fraktion ebenfalls an, dem Antrag zuzustimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, auf Basis der im Hpl 2010/2011 bereitgestellten Ressourcen die Fortführung des Projekts „ÖkoProfit“ sicherzustellen und die dafür notwendigen personellen Maßnahmen durchzuführen. Die Fördermöglichkeiten des Landes NRW für das Projekt „Ökoprofit“ sind vollständig auszuschöpfen.

Die Verwaltung soll in Fortsetzung des Projekts darauf hinwirken, auch städtische Einrichtungen und Unternehmen, wie z.B. Museen, Bühnen, Schulen und Kliniken, einzubeziehen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6 Allgemeine Beschlussvorlagen

6.1 Machbarkeitsuntersuchung für die Realisierung einer P+R-Anlage am Verteilerkreis Köln 5332/2010

RM Herr Bacher merkt an, nicht alle Ausschussmitglieder der SPD-Fraktion hätten die Vorlage erhalten. Er habe dies auch von anderen Fraktionen gehört. Er bitte die Verwaltung die Vorlage an die SPD-Fraktion zu senden und zu klären, weshalb einige Ausschussmitglieder die Vorlage erhalten hätten und andere nicht. Er werde nicht im Internet eine Vorlage suchen und ausdrucken, über die möglicherweise in einer Aus-

schusssitzung beraten werde, sondern erwarte für die SPD-Fraktion, dass man offiziell die Vorlagen erhalte. Man habe nichts dagegen, dass über die Vorlage in der heutigen Ausschusssitzung beraten werde. Er beantrage aber für die SPD-Fraktion, die Abstimmung über die Vorlage in die nächste Sitzung zu vertagen.

Die Ausschussvorsitzende schlägt nach kurzer Rücksprache mit dem Vertreter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, Herrn Müller, vor, heute nur zu beraten, Fragen zu stellen und in der nächsten Sitzung am 24.03.2011 über die Vorlage abzustimmen.

Die Ausschusssmitglieder sind mit dem Vorschlag einverstanden.

RM Herr Dr. Welpmann bittet die Verwaltung, bis zur nächsten Ausschusssitzung zu prüfen, ob sowohl die Flächen B als auch D, also beide, als Standort für Parkflächen berücksichtigt werden können. Die Begründung der Verwaltung, weshalb Fläche B nicht weiter verfolgt werde, sei städtebaulicher Natur und nachvollziehbar. Wenn man aber die Hälfte dieser Einheiten auf Fläche B unterbringen würde und die andere Hälfte auf Fläche D, könne der Eingriff auf D minimiert und B zusätzlich berücksichtigt werden.

Bezogen auf den Standort D wundere sich die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, dass der Eingriff erhöht worden sei, obwohl in der früheren Beratung zu diesem Punkt darum gebeten worden sei, den Eingriff in Variante D zu minimieren. Die Begründung, dass dies aus Lärmschutzgründen geschehe, sei zwar nachvollziehbar. Andererseits werde die Versiegelung erweitert und die gesamte Baumreihe entlang der Bonner Straße entfernt. Müsse Fläche D in Anspruch genommen werden, sollte dieser Eingriff aus Naturschutzgründen minimiert werden und eine Oberflächenversiegelung nicht über das absolut notwendige Maß erfolgen.

Herr Müller entschuldigt namens der Verwaltung, dass die Vorlage nicht allen Ausschusssmitgliedern zugestellt worden sei. Zu der Anregung von Herrn Dr. Welpmann hinsichtlich der gemeinsamen Inanspruchnahme der Flächen B und D erwidert er, dass dann mehr Fläche in Anspruch genommen würde. Auch zeigten die Erfahrungen im P+R-Bereich, dass in einem solchen Fall die Fläche D vermehrt frequentiert, Fläche B jedoch wegen der weiten Fußwege leer stehen werde. Auch werde mit erhöhten Kosten zu rechnen sein.

Zum erhöhten Eingriff in D erläutert er, der Gutachter habe schon bei der ersten Machbarkeitsuntersuchung erwähnt, dass es hinsichtlich der Lärmbelastung eventuell zu Problemen kommen könne. Dies müsse noch genau untersucht werden. In dem Zusammenhang wurde das Bauwerk schlanker gestaltet, um es ganz nah am Verkehrsweg Bonner Straße zu platzieren und so die Verkehre zusammenzufassen. Gleichzeitig wäre dieses Bauwerk ein gewisser Schallschutz, so dass sich die Verwaltung für diese Variante entschieden habe.

SB Herr Dr. Albach spricht von einer gedrehten Variante des Parkhauses, die dazu führen könne, dass das Mehr an Fläche entweder als Tennisplatz belassen oder dass aufgefurstet werde. Ihn interessiere diese Nachnutzung.

Ausschussvorsitzende Frau Dr. Müller regt an, im Rahmen der erforderlichen Ausgleichsmaßnahmen die Fläche B zu entsiegeln.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün vertagt die Vorlage in die nächste Sitzung am 24.03.2011.

6.2 Friedhof Melaten - Realisierung des Skulpturenwettbewerbsergebnisses zum 200-jährigen Jubiläum 5445/2010

RM Frau Welcker regt an, die Vorlage auch dem Kunstbeirat zur Kenntnis zu geben.

Die Verwaltung sagt dies zu.

RM Herr Welpmann übt Kritik am Verfahren, da der Wettbewerb selbst ohne politischen Beschluss durchgeführt worden sei. Der Ausschuss Umwelt und Grün wurde lediglich durch eine Mitteilung in Kenntnis gesetzt. Nach Ende des Wettbewerbs müsse man 30.000 € ausgeben, um ihn zu realisieren. Besser wäre es gewesen, wenn über das gesamte Verfahren – einschließlich des Wettbewerbs – ein politischer Beschluss gefasst worden wäre.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde der Vorlage aber zustimmen, da man sie inhaltlich für sinnvoll halte.

Herr Kaune ruft die Feierlichkeiten zum 200-jährigen Jubiläum des Friedhofs Melaten in Erinnerung und betont, man habe diese durch die Öffentlichkeitsarbeit begleitet und mehrere Pressekonferenzen durchgeführt. Insofern sei das Verfahren transparent gewesen und der Ausschuss Umwelt und Grün umfassend informiert worden.

Neben dem Skulpturenwettbewerb sei auch noch ein Fotowettbewerb durchgeführt worden. Man habe aber auch schon in den Unterlagen zu beiden Wettbewerben darauf hingewiesen, dass man noch nicht wisse, wie das Ergebnis gehandhabt werde. Zur Preisverleihung für den Skulpturenwettbewerb habe man den Ausschuss Umwelt und Grün eingeladen. Jetzt stehe man vor der Realisierung des Wettbewerbs und habe ganz bewusst zum jetzigen Zeitpunkt den Weg einer Ausschussvorlage gewählt.

RM Herr Bacher begrüßt ausdrücklich, dass das 200-jährige Jubiläum des über die Grenzen Kölns hinaus bedeutenden Melatenfriedhofs mit einem Denkmal in dieser Form gewürdigt worden sei. Er dankt der Verwaltung, dass sie in angemessener Form dieses Jubiläum mit hervorragenden Veranstaltungen begleitet hat.

Auch die Abschlussveranstaltung, die in der Trauerhalle stattgefunden habe, war sehr erfolgreich. Alle Anwesenden waren äußerst angetan von dem Siegerentwurf, dem dort von der Jury einstimmig zugestimmt worden sei. Die SPD-Fraktion stehe voll und ganz hinter dem Beschluss der Jury, begrüße dieses Denkmal und stimme der Vorlage zu. Herr Bacher schlägt vor, auf einen 2. Durchgang zu verzichten, wenn die mitberatenden Gremien ebenfalls zustimmen.

SB Herr Dr. Albach stimmt seinem Vorredner zu. Hier habe die Verwaltung die Eigeninitiative ergriffen, um etwas sehr Schönes zu realisieren. Er signalisiert seitens der FDP-Fraktion Zustimmung zu der Vorlage.

RM Frau Welcker kündigt für die CDU-Fraktion ebenfalls Zustimmung zur Vorlage an. Sie lobt die Verwaltung für die gute Organisation und bezeichnet die Preisverleihung als einen der Höhepunkte.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretungen Lindenthal und Ehrenfeld. Er verzichtet bei gleichlautendem Beschluss auf eine erneute Wiedervorlage.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**6.3 Bebauungsplan Nr. 75450/04 in Köln Brück
Arbeitstitel: Im Oberen Bruch
Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen
5039/2010**

RM Herr Bacher schlägt vor, die Vorlage mit Rücklauf in die Bezirksvertretung Kalk zu verweisen.

RM Herr Dr. Welpmann äußert den generellen Wunsch, die landschaftspflegerischen Begleit- und Ausführungspläne mit einer textlichen Beschreibung und einem Lageplan in digitaler Form zur Einsicht zu erhalten. So könne man auch umfangreiche komplexe Maßnahmentexte stichprobenartig prüfen und nachvollziehen.

Herr Kaune sagt dies für die Zukunft zu.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Kalk und bittet um Wiedervorlage zur Sitzung am 24.03.2011.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**6.4 Die Entwicklung der urbanen Parkgewässer in Köln
Durchgeführte Arbeiten und perspektivische Konzeption
0014/2011**

Herr Kaune macht darauf aufmerksam, dass die Angaben hinsichtlich der Finanzierung zum Zeitpunkt der Fertigung der Vorlage zutrafen. Zwischenzeitlich hätten Gespräche mit der Kämmerei stattgefunden mit dem Ergebnis, eine Finanzierung darstellen zu können, die nicht mehr dem entspreche, was im Text der Vorlage stehe. Er bitte daher, die letzten beiden Absätze in der Problemstellung der Vorlage zu streichen.

RM Herr Bacher spricht sich für die Vorlage aus und hebt die Kostenersparnis durch die Umstellung der Gewässerbespeisung vom Leitungsnetz auf Grundwasser positiv heraus. Er regt an, die Sauerstoffzufuhr und –verbesserung insbesondere am Aacheener Weiher mit einer Fontäne zu regeln.

SE Herr Koberg stellt folgende Fragen:

1. Hat die Verwaltung geprüft oder wird sie noch prüfen, ob sich eine Solabdichtung rentiert, z. B. anlässlich der nächsten Entschlammung? Dabei ist sicherlich vor allem an den Stadtwaldweiher zu denken.
2. Hat die Verwaltung geprüft oder wird sie noch prüfen, ob sich durch eine Änderung des Speise-Ablauf-Regimes, auch in Verbindung mit einer evtl. Solabdichtung und veränderten, verbesserten Maßnahmen zur Sicherung der Wasserqualität, z. B. Belüftung, evtl. sogar durch Sprudler mit Ionisation, Einsparungen erzielen lassen?
3. Ist all dies unter Aufrechterhaltung der Randbedingungen betr. Bürgernutzung möglich?

RM Herr Kienitz hebt das Engagement der Stiftung Grün hervor und dankt ihr namens der CDU-Fraktion. Auch seien im Bürgerhaushalt schon einige Punkte angebahnt worden, die jetzt realisiert werden, was ebenfalls sehr begrüßt werde.

Es habe sich zudem gezeigt, dass bei entsprechender Suche noch erhebliches Einsparpotential gefunden werden könne. Die CDU-Fraktion bewerte die vorgenommene Priorisierung der Maßnahmen positiv und stimme der Vorlage zu.

RM Herr Brust bittet im Namen der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen die Verwaltung, den betreffenden Bezirksvertretungen die Vorlage als Mitteilung zur Kenntnis zu geben.

SB Herr Dr. Albach dankt der Verwaltung, dass sie die Finanzierung der Maßnahme auf anderem Wege sicherstelle und signalisiert Zustimmung der FDP-Fraktion zur Vorlage.

Er bemerkt, der Teich am Ostasiatischen Museum sei nicht in der Vorlage aufgeführt. Er glaube jedoch, dass es notwendig sei, ihn mitzusanieren, auch wenn er nicht in den gleichen Zuständigkeitsbereich wie der Aachener Weiher falle. Herr Dr. Albach möchte daher wissen, ob die Verwaltung dies als Teil der Sanierung des Aachener Weihers betrachte oder ob ein eigener Antrag erforderlich sei, um den Teich mitzusanieren.

RM Herr Dr. Welpmann weist auf Seite 8 des Berichtes hin, wo von "limnologisch unterschiedlichen Eigenschaften des Weiherwassers und des Grundwasser-Speisewassers" die Rede sei und fragt, was damit gemeint sei.

Herr Kaune erwidert Herrn Bacher, die Installation einer Fontäne sei möglich. Die Mehrkosten seien nicht erheblich. Die Fragen von Herrn Koberg werde die Verwaltung schriftlich beantworten. Er sagt zu, die betroffenen Bezirksvertretungen im Rahmen einer Mitteilung zu beteiligen.

Herr Dr. Bauer ergänzt, der erste Teil des Gutachtens, der die technischen Aspekte betreffe, sei in den Erläuterungen der Vorlage enthalten. Es stehe noch ein weiterer Teil des Gutachtens aus, der vor allem auf die Wasserqualität, deren Kontrolle sowie auf die Umgehensweise mit dem Fischbestand Bezug nehme. Dies werde dem Ausschuss in einer der nächsten Sitzungen vorgelegt.

Mit dem Ostasiatischen Museum seien Gespräche aufgenommen worden. Man habe dort im Sommer keine Messungen durchgeführt, da das Becken "nicht in Betrieb" gewesen sei. Es gebe dort Probleme mit der Dichtigkeit, so dass die Bauverwaltung der Museen jetzt mit der Sanierung des Beckens beginnen wolle. Die Grünverwaltung wolle die Inbetriebnahme für diesen Sommer verhindern und gehe davon aus, dass die Sanierung im Herbst dieses Jahres beendet sei.

Der Text auf Seite 8 des Berichtes sei so zu verstehen, dass, wenn Grundwasser eingeführt werde, das einen bestimmten zu hohen Nährstoff beinhalte, eine sogenannte "Pufferzone" angelegt werden müsse, um zu vermeiden, dass dieser zu hohe Nährstoff in das Gewässer gelange. Als Beispiel für eine derartige "Pufferzone" nennt Herr Dr. Bauer einen Schilfgürtel, der bei Einleitung von Grundwasser bestimmte Nährstoffe "eliminiere". All dies werde geprüft, wenn die Verwaltung die Maßnahmen in die Genehmigungsplanung gebe.

SE Herr Resch weist hinsichtlich des Stadtwaldweiher darauf hin, dass das Pumpwerk an der Kitschburger Straße den Stadtwaldweiher und den Bachlauf, der durch den Tierpark gehe, versorge. Die Fontäne, die früher nur 4 Stunden pro Tag in Betrieb sein durfte, werde jetzt im Umwälzverfahren bis zu 12 Stunden täglich betrieben, was der Qualität des Wassers im Weiher sehr zuträglich sei.

Die Betriebskosten von knapp 16.000 €/a würden sich ab diesem Jahr stark verringern, da durch eine Umstellung der Heizungsanlage im Tierpark bis zu 10.000 €/a eingespart würden.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Grün nimmt die Konzeption über die Gewässersanierung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die einzelnen Sanierungsprojekte entsprechend der Prioritätensetzung nach gesicherter Finanzierung zu realisieren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

7 Mitberatung von Planungsvorlagen

Keine.

8 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

Keine.

9 Mitteilungen

9.1 Bodenluftsituation im Bereich der Altdeponie "An der Ronne" in Köln-Lövenich 0096/2011

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

9.2 Ausstellungsveranstaltung Home & Garden 2011 0426/2011

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

9.3 Zwischenbericht des Projektes "Stromspar-Check" 5370/2010

Die Fragen von SE Herr Gybas und SE Herr Donath zum nochmaligen Besuch der Haushalte und zur Finanzierung von Kühlschränken hoher Effizienzklassen für ALG- und Sozialhilfebezieher werden von der Beigeordneten direkt in der Sitzung beantwortet.

RM Herr Brust regt einen weiteren Besuch nach längerer Zeit an, um die langfristige Umsetzung solcher Maßnahmen zu kontrollieren. Außerdem möchte er wissen, ob eine Ausdehnung auf alle Kölner Stadtteile geplant sei.

Beigeordnete Frau Reker gibt zu Bedenken, dass nicht alles, was wünschenswert sei, auch umsetzbar ist, sei nehme jedoch gerne die Empfehlung des Ausschusses mit, das jetzt bei allen Stadtteil- oder Sozialraumaktivitäten zu prüfen.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

9.4 Umweltschutzpreis der Stadt Köln 2011 0428/2011

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

9.5 Nord-Süd Stadtbahn, 2. Baustufe - Baumfällungen im Bereich des Gustav-Heinemann-Ufers 0347/2011

Herr Höhn, Vertreter der KVB, erläutert die Pläne zur Änderung der Verkehrsführung und des Bauwerkes, die mit dem Amt für Straßen und Verkehrstechnik intensiv abgestimmt worden seien.

Er geht ausführlich auf die Baumfällungen ein, macht auf die Bäume aufmerksam, die erhalten werden können und betont, dass dies möglich sei, da man die Baustelleneinrichtungsflächen auf ein Mindestmaß reduziert und die Verkehrsführung geändert habe. Die Bauwerke habe man ebenfalls auf das nötige Mindestmaß verkürzt.

Man hoffe auf die Zustimmung der Politik, da man wegen der Vegetationsperiode im März etwas in Zeitdruck sei und diesen Sommer mit den Baumaßnahmen beginnen müsse, um die weiteren Zeitabläufe nicht zu gefährden.

RM Herr Dr. Welpmann spricht hinsichtlich der Rettung von 10 Bäumen von einem erfreulichen Ergebnis. Gleichwohl sei man nicht begeistert, dass dies erst aufgrund einer massiven politischen Intervention erfolge. Für die Zukunft wünsche man sich, dass die Verwaltung von sich aus bei derartigen Planprozessen die Sachlage hinsichtlich Baustelleneinrichtung und zu schützender Bäume erkenne.

Auch habe der monetäre Wert der Bäume - je 30-jährigem Baum könne ein 5-stelliger Betrag zugrunde gelegt werden - offensichtlich keine Rolle gespielt.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen erwarte zukünftig, dass der Wert von Natur und Landschaft angemessen bei allen Planungsprozessen berücksichtigt werde.

RM Herr Bacher schließt sich den Ausführungen von Herrn Dr. Welpmann an. Er kritisiert, dass dem Ausschuss Umwelt und Grün die ursprüngliche Mitteilung, mit der größeren Anzahl von Baumfällungen, nicht zugestellt worden sei.

Herr Höhn erwidert Herrn Dr. Welpmann, dass die Änderung eine wesentlich ungünstigere Verkehrsführung und eine größere Inanspruchnahme privater Flächen bedeute.

Hinsichtlich des Wertes von Bäumen verweist er auf das formale Verfahren, das einen landschaftspflegerischen Begleitplan vorsehe. In dessen Ökobilanz werde der ökologische Wert der Bäume festgesetzt, der monetäre Wert jedoch bislang noch nicht.

Er betrachte es als positiv, wenn man dies in Zukunft anders handhabe und sowohl die Verwaltung, als auch die KVB, für die er spreche, daraus Lehren zögen. Er werde eine entsprechende Berücksichtigung kommunizieren. Formal sei eine Gesetzesänderung nötig.

An Herrn Bacher gewandt spricht er sich für eine in Zukunft stärkere Einbeziehung des Ausschusses Umwelt und Grün aus.

Ausschussvorsitzende Frau Dr. Müller bedankt sich bei Herrn Höhn. Sie hoffe, dass sich das Umdenken auch in anderen zukünftigen Fällen zeigen werde.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die als Tischvorlage umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung und die mündlichen Ausführungen von Herrn Höhn zur Kenntnis.

Dr. Sabine Müller
(Ausschussvorsitzende)

Barbara Bültge-Oswald
(Schriftführerin)